

Deutschland

(politische Akteur*innen/Regierungen)

In Deutschland wird das Ideal einer bäuerlichen Landwirtschaft auf traditionellen Familienbetrieben hoch gehalten und von der Politik stets propagiert. So sagte die damalige Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) bei einem Treffen der EU-Agrarminister im September 2013: „Die Bundesregierung steht zum Leitbild einer bäuerlichen Landwirtschaft. Wir haben in Brüssel hart und erfolgreich verhandelt, um die Zukunft der Familienbetriebe und der ländlichen Räume zu sichern. In Deutschland sind etwa 90 % unserer landwirtschaftlichen Betriebe Einzelunternehmen, die in der Regel als Familienbetriebe geführt werden. Sie bewirtschaften rund zwei Drittel aller Flächen. In der Vielfalt dieser Familienbetriebe liegt die Stärke. Mit der Reform der europäischen Agrarpolitik haben wir jetzt die Chance, diese bäuerliche Landwirtschaft stark zu machen für die Zukunft. Diese Reform muss jetzt aber auch zügig abgeschlossen werden.“ Die Entscheidungen der Ministerin unterstützten jedoch das Gegenteil: auf EU-Ebene wurde im Zuge der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von EU-Kommissar Dacian Ciolos eine Deckelung der EU-Subventionen bei 300.000 € pro Betrieb vorangetrieben. Auf Druck des Deutschen Bauernverbandes blockierte Ilse Aigner diese Kappung von Subventionen, die daraufhin nicht in die Reform aufgenommen wurden.

Die bundeseigene DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH finanziert Investitionen privater Unternehmen in Ländern des globalen Südens. Die Aufgabe der DEG ist es, privatwirtschaftliche Strukturen in Ländern des globalen Südens durch langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierung zu fördern, um dadurch die Grundlage für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen zu schaffen. Ergänzend unterstützt die DEG, unter dem Namen develoPPP.de, im Rahmen eines speziellen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aufgelegten Programms für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft, investitionsvorbereitende und -begleitende Maßnahmen von deutschen und europäischen Unternehmen sowie Unternehmen in Ländern des globalen Südens, an denen in der EU registrierte Unternehmen oder europäische Staatsangehörige mindestens 25 % der Unternehmensanteile halten. Die PPP-Mittel werden vor allem für Projekte im Umweltschutz, in der Aus- und Weiterbildung, in der Arbeitsplatzsicherheit und für herausragende Pilotvorhaben bereitgestellt. Die DEG war unter anderem an der Finanzierung des Makeni-Projektes der schweizerischen Firma Addax Bioenergy beteiligt, das durch den «Runden Tisch für nachhaltige Biotreibstoffe» (Roundtable on Sustainable Biofuels RSB) zertifiziert und weiterhin als hervorragendes Klimaschutzprojekt gelobt wurde. Im Rahmen dieses Projektes stellt Addax Bioenergy in Sierra Leone auf 57.000 ha Bioethanol aus Zuckerrohr her.

Quellen:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft,
Pressemitteilung Nr. 256 vom 09.09.13

Wikipedia.org

Europäische Union

(politische Akteur*innen/Regierungen)

Die wichtigsten Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bestehen darin, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern, um die Versorgung der Verbraucher*innen mit erschwinglichen Nahrungsmitteln zu sichern, und zu gewährleisten, dass Landwirte in der EU ein angemessenes Einkommen erzielen. Zudem sollen mit einheitlichen Strategien zur Unterstützung der Landwirte faire Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Binnenmarkt als auch weltweit geschaffen werden.

Die EU sieht ihre GAP als wichtiges Instrument für die zukünftige Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Lebensmitteln und muss daher auch weiterhin in ihren Landwirtschaftssektor investieren. Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (hauptsächlich verarbeitete Erzeugnisse und Erzeugnisse mit hoher Wertschöpfung) ist die EU einer der führenden Exporteure. Daneben ist die Europäische Union auch der größte Importeur von Lebensmitteln weltweit. Sie importiert jedes Jahr landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von rund 60 Milliarden Euro aus Ländern des Globalen Südens, mehr als die anderen fünf größten Importeure (USA, Japan, Kanada, Australien und Neuseeland) zusammen. Die EU unterhält umfangreiche Handels- und Kooperationsbeziehungen mit Drittländern und regionalen Handelsblöcken. Überdies hat sie bilaterale Handelsabkommen mit ihren unmittelbaren Nachbarn und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Ländern des Globalen Südens geschlossen oder befindet sich in Verhandlungen. Die EU ist eines der wichtigsten und aktivsten Mitglieder der Welthandelsorganisation und ist an der Ausarbeitung innovativer und auf die Zukunft ausgerichteter gemeinsamer Regeln für den weltweiten Handel, einschließlich der Landwirtschaft, beteiligt.

Auswirkungen auf die Verteilung von Agrarland hat die EU sowohl durch ihre Handelspolitik als auch durch den Import und die Unterstützung einzelner Produkte und/oder Feldfrüchte: So bauen Agro-Konzerne in der Ukraine seit zehn Jahren vermehrt Raps an, u. a. finanziert durch Kredite der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBWE).

Etwa 90 % des Rapses wird in die EU exportiert und dort weiter verarbeitet, was mit dem gestiegenen Bedarf der EU an Agrotreibstoffen zusammen hängt.

Auch entwicklungspolitische Maßnahmen der Europäischen Union können sich auf die Landverteilung in Ländern des Globalen Südens auswirken. Seit 2009 kann beispielsweise kambodschanischer Zucker unter der so genannten "Everything but Arms" Handelsinitiative (EBA, „Alles außer Waffen“) zollfrei in die EU importiert werden. Zusammen mit den hohen Zuckerpreisen in der EU erzeugt dieses Instrument einen starken ökonomischen Anreiz, Zuckerrohr in Kambodscha für die EU anzubauen und hat einen regelrechten Zuckerrohrboom in Kambodscha ausgelöst. Mindestens 75.000 Hektar Land wurde von internationalen Konzernen und nationalen Eliten für den Zuckerrohranbau aufgekauft und die involvierten Konzerne haben mehrfach öffentlich bekannt, dass der zollfreie Marktzugang zur EU eine wesentliche Grundlage ihres Geschäftsmodelles ist. Mittlerweile haben diese Konzerne mit mehreren Millionen Euro von der EU-Handelsinitiative profitiert. Vor 2009 gab es keine Zuckerindustrie in Kambodscha. Große nationale und internationale Zuckerkonzerne richten ihre Produktionsstrategien explizit auf den Anbau in Kambodscha und Verkauf nach Europa aus. Der kausale Zusammenhang zwischen EBA und den Zuckerrohrplantagen ist daher deutlich und auch von EU-Kommission und Bundesregierung, die 2011 zu einer Positionierung angefragt wurden, unbestritten.

Quellen:

Europäische Kommission (2014): Die Europäische Union erklärt: Landwirtschaft - abrufbar unter: http://europa.eu/pol/pdf/fliplibook/de/agriculture_de.pdf
<http://www.neopresse.com/europa/mit-eu-steuergeldern-westliche-saatgut-konzerne-betreiben-land-grabbing-in-der-ukraine/>
http://www.fjan.de/fileadmin/user_upload/bilder_allgemein/Themen/Landwirtschaft/13_08_FIAN_Kamboscha_Land-grabbing.pdf

Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitions- streitigkeiten (ICSID) (politische Akteur*innen/Regierungen)

Das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (englisch International Centre for Settlement of Investment Disputes – ICSID) ist eine internationale Schiedsinstitution mit Sitz in Washington, D.C., die der Weltbankgruppe angehört.

Das ICSID soll eine neutrale internationale Streitbeilegungsinstitution bilden, die unabhängig von nationalen Gerichten tätig werden kann. Die Gründe für Investitionsstreitigkeiten sind häufig ein Auseinanderfallen der politischen Interessen des Gastlandes und den wirtschaftlichen Interessen des Investors/der Investorin. Zu einem solchen Auseinanderfallen kommt es häufig dadurch, dass die Rentabilitätsberechnungen eines Investors/einer Investorin sich über 30–40 Jahre erstrecken, während die politische Haltung zu einem Investitionsprojekt nicht immer über Jahrzehnte unverändert bleibt. Ein Projekt, das bei Beginn politisch hochwillkommen war und mit Freude „ins Land geholt“ wurde, kann nach einem Politikwechsel zu einer politischen Altlast werden oder geradezu unerwünscht sein. In bilateralen Völkerrechtlichen Verträgen zum Schutze und zur Förderung von Investitionen (engl. BIT = Bilateral Investment Treaties, Bilaterale Investitionsabkommen) und in plurilateralen Investitionsschutzabkommen haben viele Staaten sich verpflichtet, Investor*innen Schutz unabhängig von der aktuellen politischen Lage zu gewähren. Auf diese Weise soll die Investitionsbereitschaft ausländischer Investoren gesteigert werden. Das ICSID bietet die Möglichkeit an, diesen Schutz vor Schiedsgerichten einzuklagen. Der ergangene Schiedsspruch muss vom Mitgliedsland unmittelbar und wie ein letztinstanzliches Urteil, das durch eigene Gerichte des jeweiligen Staates ergangen ist, von dem Staat umgesetzt werden.

Da am Land Grabbing vor allem internationale Akteur*innen beteiligt sind, spielen internationale Rechtsbestimmungen zur Absicherung von Investitionen eine bedeutende Rolle. Häufig werden große Agrarflächen im globalen Süden für 50–100 Jahre an ausländische Investoren verpachtet oder verkauft. Würde nun eine zukünftige Regierung auf die Idee kommen, eine Landreform durchzuführen, bliebe ihr in vielen Fällen nichts anderes übrig, als Land zurückzukaufen, zu enteignen oder laufende Pachtverträge vorzeitig aufzulösen. Verstößt jedoch ein Staat nach Ansicht eines Unternehmens gegen ein BIT, kann dieses Unternehmen in einem „Investor-Staat-Verfahren“ vor das ICSID ziehen, ohne dass zuvor der nationale Rechtsweg erschöpft sein muss. In vielen Fällen wird damit ein Rückkauf bzw. eine Enteignung unmöglich. Denn einige Länder können den juristischen Abteilungen großer Konzerne kaum etwas entgegen setzen. Hinzu kommen die Androhung des Abzuges weiterer Investor*innen und des Verlustes von Arbeitsplätzen sowie die „Signalwirkung“ für andere Unternehmen. Daher reicht in vielen Fällen bereits die Drohung aus, damit Regierungen präventiv auf etwaige Enteignungen verzichten, selbst wenn diese „zum Wohl der Allgemeinheit“ und gegen „angemessene“ Entschädigung (Marktwert) innerhalb der BITs möglich sind.

Quellen:

<http://land-grabbing.de/triebkraefte/spekulation/fallbeispiel-investitionsschutzabkommen-verhindern-land-reformen/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Internationales_Zentrum_zur_Beilegung_von_Investitionsstreitigkeiten.

Weltbank

(politische Akteur*innen/Regierungen)

Grundsätzlich befürwortet die Weltbank Abkommen im Bereich der Landnutzung durch ausländische Investor*innen, weil diese im Allgemeinen die landwirtschaftliche Produktion erhöhen und höhere Beschäftigungsraten versprechen. Vorteile sieht die Weltbank darin, dass dadurch „moderne Technologien“ eingesetzt werden, sich die Produktion in die globalen Wertschöpfungsketten integriert und dass der Marktzutritt für große Unternehmen generell einfacher ist. Zugleich erkennt die Weltbank an, dass großangelegte landwirtschaftliche Investitionen erhebliche Herausforderungen innehaben. Gemeinsam mit der FAO (Food and Agriculture Organization - Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation), dem IFAD (International Fund for Agricultural Development - Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung), der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development - Welthandels- und Entwicklungskonferenz) und anderen Partnern hat die Weltbank daher 7 Prinzipien formuliert. Diese sollen durch alle Beteiligten bei Investitionen eingehalten werden, um keinen Schaden anzurichten, nachhaltig zu sein und zur Entwicklung der Region beizutragen.

- 1. Wahrung der Land- und Ressourcenrechte.** Bestehende Rechte auf Land und die damit verbundenen natürlichen Ressourcen werden anerkannt und respektiert.
- 2. Gewährleistung der Ernährungssicherheit.** Investitionen werden die Ernährungssicherheit nicht gefährden, sondern stärken.
- 3. Gewährleistung der Transparenz, guter Regierungsführung und einer gesunden Umwelt.** Verfahren zum Erfassen von Land und anderen Ressourcen und die damit verbundenen Investitionen sind transparent und überwacht. Die Rechenschaftspflicht aller Beteiligten innerhalb eines geeigneten rechtlichen, regulatorischen und geschäftlichen Umfeld ist gewährleistet.
- 4. Anhörung und Beteiligung.** Alle wesentlich betroffenen werden konsultiert, und die Vereinbarungen der Gespräche werden aufgenommen und durchgesetzt.
- 5. Verantwortliches Agro-Investing.** Anleger*innen stellen sicher, dass Projekte die Rechtsstaatlichkeit achten, Best Practice Beispiele der Branche reflektieren, wirtschaftlich sind und die gesellschaftlichen Ansprüche und Bedürfnisse ansprechen.

- 6. Soziale Nachhaltigkeit.** Investitionen haben positive Wirkungen auf soziale Aspekte und Verteilungsfragen.
- 7. Ökologische Nachhaltigkeit.** Die Umweltauswirkungen eines Projekts werden quantifiziert und es werden Maßnahmen ergriffen, die eine nachhaltige Ressourcennutzung fördern und gleichzeitig das Risiko und Ausmaß der negativen Auswirkungen mindern.

Die Weltbank unterstützt marktgestützte Landreformen (market-based agrarian reform). Statt Enteignungen und Umverteilungen basieren diese auf dem nachfrageorientierten Prinzip des „willing buyer – willing seller“. Hierbei kaufen landlose Kleinbäuer*innen das Land verkaufswilligen Großgrundbesitzer*innen zum vollen Marktpreis ab. Verteilt wird ausschließlich Land, das von den Besitzer*innen zum Verkauf freigegeben wurde. Dieses Modell wurde seit den 1990er Jahren in Brasilien, Kolumbien und Südafrika angewendet, wobei die Resultate aus menschenrechtlicher Sicht sehr negativ bewertet werden können: Zu wenige Bäuer*innen konnten auf diesem Weg Landtitel erhalten, zudem zu hohen Preisen.

In einigen Fällen ist bekannt geworden, dass die Weltbank direkt Projekte unterstützt, die zu Landnahmen führen, beispielsweise im Aguan Tal in Honduras. Dort wurden Palmölplantagen des Konzerns Dinant finanziert, welche Landkonflikte und rund 100 Tote zur Folge hatten. Eine Recherche durch das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) in Zusammenarbeit mit NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“ ergab, dass in den vergangenen zehn Jahren durch Weltbank-Projekte etwa 3,4 Millionen Menschen vertrieben, umgesiedelt sowie ihre Lebensgrundlagen zerstört wurden.

Quellen:

http://www.brotfueralle.ch/index.php?id=16&tx_ttnews%5Btt_news%5D=248&cHash=4a9b4a8e68f3e3820fa707d238941552 September 7, 2010; The World bank (2010): *Rising Global Interest in Farmland - Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits?* <https://www.tagesschau.de/ausland/weltbank-honduras-101.html>

http://www.sozialoekonomie.info/Zeitschrift_fur_Sozialoekonomie/LeseProben/Paasch__Landreformen/paasch__landreformen.html#zwischbilanz

Ökonauten

(Betroffene)

In Brandenburg sind im vergangenen Jahr deutlich weniger landwirtschaftliche Grundstücke verkauft worden als im Vorjahr - dafür waren die veräußerten Flächen um fast 25 % größer als die des Vorjahres und deutlich teurer. Die Bodenpreise sind seit dem Jahr 2005 von rund 2500 €/Hektar auf über 10.000 €/Hektar im Jahr 2014 gestiegen. Die Flächen sind begehrt, da Ostdeutschland eine stabile politische Lage und - trotz starker Steigerungen - noch immer vergleichsweise günstige Preise in Europa bietet. Außerdem stehen sehr große Ländereien zur Verfügung - deutlich größere als die der familiären Betriebe in Westdeutschland. Denn die großflächige Struktur der DDR-Landwirtschaft mit ihren riesigen Produktionsgenossenschaften (LPGs) blieb nach der Wende weitgehend erhalten. Agrar-Großbetriebe und -flächen sind unter anderem auch deshalb gefragt, weil man durch die Koppelung der Subventionen mit ihnen millionenschwere EU-Subventionen einstreichen kann, da die Prämien an die Flächengrößen gekoppelt sind. Für viele kleinere Betriebe und insbesondere Jungbäuer*innen stellt diese Entwicklung ein Problem dar, weil sie die gestiegenen Preise kaum bezahlen können und im Bieterverfahren gegenüber den finanzkräftigen Investor*innen in der Regel das Nachsehen haben.

Um Ackerflächen vor dem Zugriff von Großinvestor*innen zu sichern, bäuerliche Höfe und Neugründungen zu unterstützen, haben sich betroffene Junglandwirt*innen in der Genossenschaft die Ökonauten e.G. zusammen geschlossen. In einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2015 schreiben sie Folgendes:

“Die Preissteigerung bei Landwirtschaftsflächen setzt sich weiter fort. Für bestehende Brandenburger Betriebe stellt sich dies zunehmend existenzgefährdend dar. Für Junglandwirte ist es sehr schwer, in die Landwirtschaft einzusteigen und sich eine Existenz aufzubauen. Hier setzt die Ökonauten eG an: Sie unterstützt Betriebsgründungen, indem sie mit ihren Mitgliedern Land erwirbt und dieses Existenzgründern zur Verfügung stellt.

Die erste Fläche mit 4,4 Hektar wurde jetzt im brandenburgischen Velten (Landkreis Oberhavel) gekauft und an eine Junglandwirtin verpachtet. [...], [auf der sie] nun Walnussbäume pflanzt. Hochwertige Bio-Nüsse werden überwiegend importiert, dabei kommen sie traditionell aus der Region. Die Anzahl der Landwirtschaftsbetriebe sinkt kontinuierlich. Die großbetrieblichen Agrarstrukturen laden vermehrt Kapitalgesellschaften und Investoren ein, die ganze Landstriche aufkaufen. Die Folgen sind Arbeitsplatzabbau, Monokulturen, Massentierhaltung, das Leben auf den Dörfern verschwindet und der ländliche Raum blutet aus. „Die verfehlte Förderpolitik der Brandenburger Landesregierung setzt auf Massenerzeugnisse für den Weltmarkt anstatt auf Qualitätsprodukte. Wir gehen einen anderen Weg und halten die Produktions- und Wertschöpfungskette in der Region“ betont Willi Lehnert von der Ökonauten eG.

Mit dem innovativen Konzept einer Bürger-Land-Genossenschaft werden aktiv solche Betriebe unterstützt, die die lokale Nachfrage nach regionalen und ökologischen Produkten bedienen. „Wir setzen damit Rahmenbedingungen für kleinere Agrarstrukturen: für mehr Wertschöpfung, Arbeitsplätze und neue Stadt-Land-Beziehungen“ ergänzt Lehnert. „Die Ökonauten eG spricht bewusst Konsumenten an, die sich über den Supermarkteinkauf hinaus mehr für die ökologische Landwirtschaft in der Region engagieren wollen. [...] Landeigentümern bietet sich die Ökonauten eG als kompetenter Ansprechpartner an, um Flächen langfristig ökologisch zu nutzen.“

Quellen:

Pressemitteilung der Ökonauten, 2015 <http://www.oekonauten-eg.de/presse/#06.08.15%20%C3%96konauten%20eG%20kauft%20erstes%20Land>

https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2015/SB_M01-07-00_2014j01_BB.pdf

<http://www.rbb-online.de/wirtschaft/thema/2015/landgrabbing/beitrag/preise-fuer-ackerland-steigen-weiter.html> (Beitrag von Björn Haase-Wendt Stand vom 10.05.2015)

<http://www.rbb-online.de/wirtschaft/thema/2015/landgrabbing/beitrag/Landgrabbing-Bodenpreise-Landwirtschaft-Brandenburg-Fragen-Antworten-FAQ.html> (Beitrag von Andrea Marshall Stand vom 02.02.2015)

Guarani-Kaiowá, Brasilien

(Betroffene)

Die indigene Gruppe Guarani-Kaiowá sieht sich seit den 1980er Jahren immer stärker dazu gezwungen, ihre Siedlungen im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul zu verlassen. Heute bewohnen die Guarani-Kaiowá nur noch 0,7 % ihres früheren Gebiets in Mato Grosso do Sul. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der Abholzung der umgebenden Regenwälder für die Zuckerrohr-, Mais- und Sojaproduktion, wobei letzteres größtenteils als Futtermittel oder als Biotreibstoff für den Export bestimmt ist.

Die bis heute andauernden Vertreibungen führten zu einer stetigen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Guarani-Kaiowá. Sie leben auf sehr beengtem Raum in Reservaten oder provisorischen, informellen Siedlungen am Rande ihres ursprünglichen Landes, wo Zugänge zu Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeitsplätzen kaum vorhanden sind. Eine gesellschaftliche Teilhabe ist den Guarani-Kaiowá somit verwehrt, die Gruppe ist angewiesen auf Lebensmittelpakete und Spenden. Die Angehörigen der Guarani-Kaiowá, die sich auf den neuen Plantagen als Lohnarbeiter*innen verdingen, werden zu unsicheren und stark unterbezahlten Bedingungen angestellt.

Seit Jahrzehnten prangern die Guarani-Kaiowá ihre permanente Bedrohung und die Vergiftung ihrer Wasserressourcen durch umliegende Farmen an, leider ohne Erfolg. Zwar wurden ihnen offiziell einige ihrer Flächen wieder zugesprochen, die tatsächliche Rückgabe der betroffenen Gebiete steht jedoch in vielen Fällen noch aus. Da Justiz und Politik die Rückgabe des Landes nicht durchsetzen, kämpfen die Guarani-Kaiowá selbst für die Einhaltung der Menschenrechte und die Rückgabe dieser bereits zugesicherten Gebiete, die nur 11 % ihres ursprünglichen Territoriums ausmachen. Das Mittel, zu dem die Gruppe vor allem greift, sind Besetzungen, sogenannte "retomadas" von früheren Gebieten.

Dabei besetzen Gruppen Farmen auf ihrem früheren Territorium und errichten dort Siedlungen. Diese Landrücknahmen bergen jedoch eine hohe Lebensgefahr für die Angehörigen der indigenen Gruppe, die besonders durch die ansässigen Plantagenbesitzer*innen bedroht, angegriffen und ermordet werden. So werden die Guarani-Kaiowá oft Opfer von gewalttätigen rassistischen Übergriffen. Die Selbstmordrate unter den Angehörigen dieser Gruppe liegt fast 500 % über dem nationalen Durchschnitt, Entführungen und Ermordungen wichtiger Anführer*innen der Landrechtebewegung sind nicht selten, allein in den letzten 10 Jahren sind 16 solcher Morde bekannt geworden.

Neben den Landrücknahmen nutzen die Guarani-Kaiowá die Medien als weiteres Instrument, um ihre Situation zu verbessern und weltweit bekannt zu machen. Nach der Ermordung ihres Anführers Nísio Gomes 2011 veröffentlichten sie Fotos vom Tatort, was zur Verhaftung und Verurteilung der Täter führte. Dies war ein großer Erfolg, da in früheren Fällen keine Verfolgung von Straftaten gegen die Guarani-Kaiowá üblich war.

2013 veröffentlichte ein Teil der Gruppe medienwirksam einen offenen Brief an die brasilianische Regierung, in der sie ihre eigene Auslöschung durch die Regierung forderten, da sie für sich keine Perspektive mehr für eine lebenswerte Existenz sähen.

Quellen:

<http://www.survivalinternational.de/indigene/guarani>

Indigene Jugend im Reservat: Interkulturelle Lebenswelten und neue Zukunftsperspektiven der Guarani Kaiowá in Mato Grosso do Sul, Brasilien, Kristina Kroyer, Wien, 2014, http://othes.univie.ac.at/31273/1/2014-01-27_0702561.pdf wikipedia.org

Brief report on the violations of the human rights of the indigenous Kaiowá Guarani peoples in Mato Grosso do Sul - Brasil, Indigenist Missionary Council - CIMI, 2014, <http://www.cimi.org.br/pub/Kaiowaguaranibriefreport.pdf> <http://www.brasilienportal.ch/news/indio-news/31249-indios-drohen-im-kollektiv-zu-sterben-falls-ihre-vertreibung-von-der-justiz-verfuegt-wird/>

Uganda, Kleinbäuer*innen (Betroffene)

2001 pachtete die in Hamburg ansässige Neumann Kaffee Gruppe 2.512 Hektar Land für den Aufbau einer Kaffeeplantage (Kaweri-Plantage) im Bezirk Mubende in Uganda. Da ihr bekannt war, dass das Land bewohnt war, forderte sie für das Zustandekommen der Investition von der ugandischen Investitionsbehörde, dass das Land bei Übergabe unbewohnt und frei von Ansprüchen Dritter sein musste; sowie, dass alle rechtmäßigen Bewohner*innen entschädigt werden mussten. Innerhalb eines Monats sollten die Bewohner*innen von vier Dörfern ihre Häuser verlassen, eine Entschädigung wurde ihnen nicht gezahlt. Vom 18. bis 21. August räumte die Armee die vier Dörfer mit Bulldozern und Waffen. Soldaten bedrohten und schlugen die Bewohner*innen, zündeten Häuser und Ställe an, plünderten Vorräte, vertrieben das Vieh und zerstörten die Äcker. Am 24. August eröffneten Präsident Yoweri Museveni und der Geschäftsführer des Mutterkonzerns Michael R. Neumann die Plantage.

In den Wochen nach der Vertreibung holzte Kaweri die Anpflanzungen der Vertriebenen ab. Diese mussten gleichzeitig während der Regenzeit schutzlos in den Wäldern kampieren. Sie verloren ihren Zugang zu Nahrung und Trinkwasser. Infolge dessen starben einige Kinder an Hunger, Malaria und Durchfallerkrankungen. Eine schwangere Frau starb, ein Mann erlag seinen Verletzungen durch herunter gefallene Steine. Die einzige private medizinische Ambulanz wurde bei der Vertreibung zerstört, ohne dass die Regierung Ersatz anbot. Zwar zahlte Kaweri 2.000 Euro für die Vergabe von Decken, Lebensmittelgutscheinen und erster Hilfe, dies reichte jedoch nicht aus. Die Grundschule in Kitemba wurde von Kaweri als Geschäftsstelle in Beschlag genommen. Die Grundschulkinder konnten ein Jahr lang nicht zur Schule gehen. Dann erst wurde die Schule – finanziert von Kaweri – durch einen Neubau ersetzt, der allerdings in den ersten Jahren zwei Klassenräume weniger hatte als die ursprünglichen Gebäude.

Viele Vertriebene siedelten sich am Rande der Plantage an und bauten sich neue Existenzen auf. 2.041 Vertriebene organisierten sich in der Gruppe Wake Up and Fight for Your Rights, Madudu Group, die um die Anerkennung ihrer Landrechte und um Entschädigung kämpft. Nachdem sie weder bei Politiker*innen noch bei der ugandischen Menschenrechtskommission Gehör fanden, verklagten sie am 15. August 2002

die ugandische Regierung und Kaweri beim Hohen Gericht (High Court) in Kampala. Mehrfach baten die Vertriebenen die Neumann Kaffee Gruppe und das Auswärtige Amt darum, einen Runden Tisch zu organisieren, um mit der ugandischen Regierung und dem Unternehmen eine außergerichtliche Einigung zu erzielen. Ohne Erfolg. Da das Gerichtsverfahren über viele Jahre hinweg verschleppt wurde, reichten die Vertriebenen mit Unterstützung der Menschenrechtsorganisation FIAN im Juni 2009 bei der deutschen Nationalen Kontaktstelle (NKS) eine Beschwerde gegen die Neumann Kaffee Gruppe wegen Verletzung der OECD-Richtlinien für Multinationale Unternehmen ein. Erst eineinhalb Jahre nach Einreichung der Beschwerde fand ein erstes und gleichzeitig letztes Gespräch zwischen der NKS, Vertreter*innen der Neumann Kaffee Gruppe und einem Vertreter der Vertriebenen in Berlin statt. Im März 2011 stellte die NKS das Verfahren ein und forderte die Vertriebenen und FIAN in ihrer abschließenden Stellungnahme auf, die Öffentlichkeitsarbeit zu dem Fall einzustellen. Eine ähnliche Aufforderung wurde im Juni 2013 vom amtierenden Bundesentwicklungsminister Niebel an FIAN ausgesprochen.

Das Gerichtsverfahren am Hohen Gericht in Kampala wurde immer wieder verschleppt. Am 28. März 2013 sprach der siebte Richter nach elfjährigem Verfahren ein Urteil zugunsten der Vertriebenen. Unverständlicherweise sprach er die ugandische Regierung von jeglicher Verantwortung für die Vertreibung frei. Stattdessen verurteilte er Kaweri und die Anwälte des Unternehmens zur Zahlung von rund 11 Millionen Euro Schadensersatz an die Vertriebenen und genehmigte die Anerkennung ihrer Landrechte. Der Urteilspruch wurde seither nicht umgesetzt. Im Juni 2015 stärkten zudem die Vereinten Nationen die Position der Vertriebenen, nachdem der UN-Sozialausschuss die ugandische Regierung dazu aufforderte, die Rechte der Vertriebenen umgehend wiederherzustellen.

Quellen:

FIAN Fact Sheet 2013/2 Coffee to Go – Landvertreibung zugunsten der Kaweri Coffee Plantation in Uganda. Eine menschenrechtliche Analyse, von Gertrud Falk, Köln, Juli 2013

(leicht verändert und gekürzt), www.fian.de

Äthiopien, Gruppe der Anuak (Betroffene)

Äthiopien gehört zu den Hauptschauplätzen der aktuellen Landgrabbingaktivitäten. Die Regierung hat öffentlich bekannt gegeben, dass rund 3 Millionen Hektar Land an ausländische Investor*innen verkauft werden sollen. Ein Großteil des zu verkaufenden Landes liegt in der Region Gambella, ein fruchtbares Gebiet im Westen des Landes. Dort lebt seit jeher die Gruppe der Anuak, meist vom Fischfang, der Jagd, der Produktion landwirtschaftlicher Güter oder der Tierhaltung. Die Anuak haben ein sehr enges Verhältnis zu ihrer Umgebung und der Natur. Als indigene Bevölkerung sind sie seit Jahren von Seiten der Regierung marginalisiert.

Nyikaw Ochalla gehört der Gruppe der Anuak an, lebt im Exil in Großbritannien und versucht zu beschreiben, welche Folgen das großflächige Landgrabbing in der Region für die landwirtschaftlichen Tätigkeiten der Anuak und andere lokale Gemeinschaften hat:

Für ausländische Investor*innen ist die Fruchtbarkeit der Region Gambella von besonderem Interesse. Diese Fruchtbarkeit ist jedoch das Ergebnis der jahrzehntelangen Pflege und Aufrechterhaltung des ökologischen Systems durch die landwirtschaftlichen Praktiken der Anuak. So nutzen sie während der Regensaison eher die trockeneren Gebiete um dort ihre Felder anzulegen, wogegen sie während der Trockenzeit die Gebiete entlang der Flüsse kultivieren, um durch dieses Rotationsverfahren mit den natürlichen Ressourcen sehr effizient umzugehen. Somit wird das gesamte Land in der Region über das Jahr hinweg genutzt. Zudem übernimmt jede der lokalen Gemeinschaften die Verantwortung für ihr Gebiet sowie der dortigen Flüsse und Äcker.

Es ist ein Mythos der Regierung und der Investor*innen, dass das Land in der Region Gambella unerschlossen und ungenutzt wäre. Die Regierung nimmt zudem an, dass das Land von sich aus fruchtbar wäre. Aber die großen Agrarfirmen mit ihren unangepassten, großräumigen und intensiven landwirtschaftlichen Methoden werden die Böden zerstören. Ein Grund für die immer wiederkehrenden Hungersnöte in Äthiopien ist die unangepasste Art der Landwirtschaft, wie sie von Seiten der Regierung im Rahmen von diversen Programmen gefördert wird, die eine nachhaltige Nutzung der Böden nicht berücksichtigen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Aushandlungen zwischen der Regierung und den überwiegend ausländischen Investor*innen. Diese Verträge werden meist im Geheimen ausgehandelt, auch ohne das Wissen der lokalen Politiker*innen. Die lokale Bevölkerung bleibt ebenso außen vor und bekommt meist erst die Ergebnisse mit, wenn bereits die Baumaschinen auf ihrem Land aktiv werden. Und auch dann haben sie keinen Ort und kaum Möglichkeiten, ihre Einwände und ihren Protest zu äußern. Das heißt, dass sie von den Verhandlungsergebnissen unmittelbar betroffen sind, jedoch keinerlei Mitwirkungsmöglichkeiten oder Anspruch auf Kompensationen haben. Widerstand gegen diese Praxis ist schwierig und teilweise auch gefährlich. Das Militär hat seine Präsenz in der Region erheblich verstärkt um jegliche aufkommende Opposition gegen das Landgrabbing zu unterbinden. Im Jahr 2003 gab es einen Zwischenfall, bei dem das Militär über 400 Männer der Anuak getötet hat. Vor diesem Hintergrund sind die Menschen sehr vorsichtig mit ihren Protesten geworden, auch wenn sie wissen, dass das Landgrabbing eine für sie sehr destruktive Angelegenheit ist, bei der sie ihr Land an eine ausländische Firma verlieren und in die Armut gedrängt werden.

Quelle:

<https://www.grain.org/es/article/entries/4064-land-grabs-threaten-anuak>

(aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt)

ADDAX Bioenergy

(Käufer*in)

ADDAX Bioenergy ist eine Firma mit Sitz in Genf, die zur Addax Oryx Group gehört. Seit 2009 begann die Firma, das sogenannte „Makeni-Projekt“ umzusetzen. In diesem Rahmen pachtete sie in Sierra Leone 57.000 ha Land, um Zuckerrohr zur Bioethanol- und Energieherstellung anzubauen. Bis Ende 2016 sollen so 85.000 m³ Bioethanol produzieren und 20 % der Energieversorgung Sierra Leones abdecken. Das Bioethanol ist zudem für den Export auf den Europäischen Markt bestimmt. Neben dem Anbau von Zuckerrohr wird zudem eine Bioethanol-Raffinerie und ein Biomasse-Kraftwerk zur Produktion grüner Energie gebaut. Das Land pachtete Addax Bioenergy für 50 Jahre von drei regionalen Behörden, die sich als Vertretung der ansässigen Landbesitzer*innen verstehen und in deren Namen sie die Verträge mit Addax Bioenergy abschlossen.

Addax Bioenergy ist als erstes Projekt in Afrika durch den „Runden Tisch für nachhaltige Biotreibstoffe“ (Roundtable on Sustainable Biofuels RSB) zertifiziert. Dem RSB gehören insgesamt 48 internationale Großunternehmen und Organisationen an, beispielsweise BP, Petrobras, Shell, Bunge, Airbus, Boeing, Swiss (Fluggesellschaft), das Weltwirtschaftsforum (WEF), der World Wild Fund for Nature (WWF) und auch die Addax Bioenergy.

Zudem wurde das Makeni-Projekt als Clean-Development-Mechanism-Project (CDM) Projekt der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) registriert, da es jährlich 56.000 t CO₂ durch den Ersatz fossiler Brennstoffe durch regenerative Energien einsparen soll. Das Unternehmen gilt daher als wichtiger Akteur im Kampf gegen den Klimawandel.

Addax Bioenergy investiert in das Projekt in Sierra Leone 267 Millionen Euro. Mehrere Entwicklungsbanken sind mit öffentlichen Geldern an der Finanzierung beteiligt, darunter die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB), der Emerging Africa Infrastructure Fund (EAIF), die Niederländische Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (FMO) sowie die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG). Die Afrikanische Entwicklungsbank und der Emerging Africa Infrastructure Fund sind Institutionen, die von Deutschland und der Schweiz finanziell unterstützt werden.

Bei der Grundsteinlegung für das Projekt 2011 sagte der Präsident von Sierra Leone, Dr. Ernest Bai Koroma: „Auf meiner Reformagenda steht die Landwirtschaft als treibende Kraft für Wachstum und Entwicklung im sozioökonomischen Bereich. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Kommerzialisierung der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette und der Förderung der Beteiligung des Privatsektors. Das Projekt von Addax Bioenergy ist zurzeit das größte privatwirtschaftliche Investitionsprojekt im Landwirtschaftssektor von Sierra Leone und stellt ein Musterbeispiel für erfolgreiche Investitionen in unser Land dar.“

Im Juni 2015 kündigte Addax Bioenergy an, die Aktivitäten im Makeni-Projekt zurückzufahren, da die Gewinne nicht den erwarteten entsprachen. Die Fortführung des Projektes wird derzeit geprüft und ist nicht gesichert.

Quellen:

addax-bioenergy.com, Entwicklungsbanken und Land Grabbing - Wie öffentliche Gelder Lebensgrundlagen zerstören. Beilage zur Ausgabe 11-2013 von Welt-sichten.

Brot für alle, Fastenopfer, 11-2013

<http://www.dgap-medientreff.de/news/wirtschaft/business-wire-news-addax-bioenergy-organisiert-grundsteinlegungszeremonie-fur-erneuerbares-energieprojekt-in-sierra-leone-225017/>

KTG-Gruppe

(Käufer*in)

Die KTG-Gruppe bewirtschaftet nach Eigenaussage 45.000 ha Land, davon 50 % in konventionellem und 50 % in ökologischem Anbau in Ostdeutschland, Litauen und Rumänien. 19.000 ha werden zum ökologischen Anbau von Kartoffeln und Getreide genutzt. Im konventionellen Bereich baut KTG hauptsächlich Getreide, Mais, Raps und Soja an. Zudem betreibt KTG Agrar an 21 Standorten Biogasanlagen zur Erzeugung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen. Darüber hinaus vertreibt die KTG-Gruppe Tiefkühlprodukte, Müslis, Zerealien und Gemüseprodukte in Supermärkten unter den Marken „Bio-Zentrale“, „Die Landwirte“ und „Frenzel“. Im Geschäftsbereich „Sonstige Aktivitäten“ sind der Erwerb neuer Flächen und der Aufbau neuer Agrarbetriebe, die Energieholzproduktion und der Anbau von Erd-, Him- und Heidelbeeren rund um Berlin zusammengefasst.

Die börsennotierte KTG-Gruppe ist der größte Agrarlandbesitzer in Ostdeutschland und ist weiterhin daran interessiert, mehr Land zu kaufen um die Agrarproduktion auszubauen. Von 1994 bis 2015 wurde der Flächenbestand von 7.500 ha auf 45.000 erhöht. Die KTG-Gruppe gilt als einer der größten Empfänger von EU-Agrarsubventionen. Diese betragen rund 300 € pro ha, werden pro Flächeneinheit gezahlt und sind somit umso höher, je größer ein Unternehmen ist. Für ökologisch bewirtschaftete Flächen werden höhere Subventionen gezahlt als für konventionell bewirtschaftete.

Zudem erhält die KTG-Gruppe Subventionen für die Erzeugung von Biogas, für das sie große Flächen mit Energiepflanzen (z. B. Mais) bewirtschaftet. Bei Landneukauf hat die KTG eine besonders gute Position, da sie im Vergleich zu einzelnen Landwirt*innen deutlich höhere Kauf- und Pachtpreise aufwenden kann.

Die KTG-Gruppe ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen und hat sich jedoch in diesem Zuge hoch verschuldet. Im Juni 2015 wurden 9 % der KTG-Gruppe von dem chinesischen Firmenkonglomerat Fosun gekauft, der der KTG-Gruppe Kredite in Millionenhöhe gewährte. Gegenüber seinen Aktionär*innen und Investor*innen steht die KTG-Gruppe unter erheblichem Renditedruck.

Quellen:

ktg-agrar.de, Wikipedia

Deutsches Asset - Wealth Management DWS (Deutsche Bank) (Käufer*in)

„Die Agrarwirtschaft hat sich weltweit zu einem dynamischen Wachstumsmarkt entwickelt. Denn eine wachsende Weltbevölkerung - in den kommenden Jahrzehnten wird laut UN-Berechnungen ein Anstieg auf mehr als 9 Milliarden erwartet - will mit ausreichend Nahrung versorgt werden. Bei rückläufiger Pro-Kopf-Anbaufläche, zu der auch Faktoren wie die Ausbreitung von Wüsten beitragen. Durch die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln (in immer besserer Qualität) könnten sich interessante Anlagemöglichkeiten entlang der Nahrungsmittel-Wertschöpfungskette ergeben. [...]

Das Fondsmanagement kann sich in allen wichtigen Bereichen der globalen Agrarwirtschaft engagieren. Es hat derzeit insbesondere die folgenden Bereiche im Blickfeld:

- **Düngemittel:** Zur Steigerung der Ernteerträge sind effizientere Düngemittel in ausreichender Menge unerlässlich.
- **Agrarausrüstung:** Interessant sind Unternehmen, die sich z.B. auf die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und den Ausbau der Infrastruktur (u.a. Bewässerungssysteme) spezialisiert haben.
- **Saatgut und Pflanzenschutz:** Um den globalen Hunger zu stillen, werden z.B. Getreidesorten entwickelt, die eine bessere Qualität, höhere Erträge sowie verbesserte Wetterresistenz und Umweltverträglichkeit bieten sollen. Verbesserter Pflanzenschutz sowie die „optimale“ Abstimmung von Saatgut und Düngemitteln aufeinander unterstützen den Landwirt beim Anbau von Nahrungsmitteln in größerer Menge und stellen gleichzeitig sicher, dass die natürlichen Ressourcen nachhaltig eingesetzt werden.
- **Agrarlogistik:** Der globale Handel mit Agrarrohstoffen wächst beständig und erfordert hohe Expertise, denn insbesondere im Fall von Ernteausfällen müssen Agrarrohstoffe aus anderen Teilen der Welt schnell in die betroffenen Länder verschifft werden.

- **Verarbeitung:** Die integrierte Verarbeitung von „Agrarrohstoffen“ reicht von der Landbestellung über Ernte und Verarbeitung bis zur Verpackung.
- **Distribution:** Supermärkte sind der Hauptkontakt der Konsumenten mit der Agrarwirtschaft. Neue Konzepte in Industrieländern („Erlebniseinkauf“) und die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung in Schwellenländern stehen im Fokus.“

Mit rund 3,5 Milliarden Euro ist die Deutsche Bank – vor allem über ihre Fondsgesellschaft DWS – der mit Abstand bedeutendste Finanzinvestor in Deutschland, der in den Agrarsektor investiert. Mindestens 279.500.000 Euro wurden dabei in Konzerne investiert, welche direkt Agrarland akquirieren (kaufen oder pachten). Diese Konzerne halten aktuell mindestens 3.057.700 Hektar Land in Südamerika, Afrika und Südostasien. Angesichts unvollständiger Informationen zum Landbesitz einzelner Konzerne ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Fläche weit höher liegt. Es gibt mehrere deutsche Investmentfirmen, die direkt Land aufkaufen oder pachten. Ein Beispiel einer direkten Investition in Land ist der DWS Private Equity Fonds Global Agricultural Land and Opportunities Fund (GALOF). Der Fonds hat ein Volumen von etwa 110 Mio. Euro und bis dato 104.000 Hektar Land weltweit aufgekauft. Laut Fondsmanagement soll GALOF jährlich 18 % Rendite erwirtschaften. Dies geschieht unter anderem durch die Zusammenlegung kleinerer Farmen, die damit verbundene Streichung von Arbeitsplätzen sowie die Wertsteigerung des Agrarlandes selbst. Nach sechs Jahren sollen die Ländereien dann gewinnbringend verkauft werden.

Quellen:

https://www.dws-direkt.de/dsp/cms/html/dws_invest_global_agribusiness.jsp

<http://www.fian.at/assets/fianfactsheet2010-5agrarfondweb.pdf>

Cargill International

(Käufer*in)

Cargill Incorporated ist ein multinationales Familienunternehmen, dessen Hauptsitz sich in Wayzata, Minnesota, USA befindet. Das Unternehmen befasst sich mit Lebens- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen.

Cargill wurde 1865 gegründet und zählt heute mit einem Jahresumsatz von knapp 135 Milliarden US-Dollar (2014) zu den weltweit größten Familienunternehmen, dessen Aktivitäten den Kauf, die Verarbeitung und den Vertrieb von Getreide und Getreideprodukten und anderer landwirtschaftlicher Handelswaren sowie die Herstellung sowie Handel mit Vieh, Futtermitteln und Inhaltsstoffen von verarbeiteten Lebensmitteln und pharmazeutischen Hilfsstoffen umfassen. Außerdem befasst sich Cargill mit Finanzdienstleistungen, die einen Teil des Risikos im Handel abdecken. Ein Teil der Finanzdienstleistungen wurde in einen Hedge-Fonds namens Black River Asset Management ausgliedert. Dieser verfügt über zehn Milliarden US-Dollar an Vermögenswerten.

Das Unternehmen beschäftigt 153.000 Personen in 67 Ländern.

Cargill betreibt in Brasilien u. a. eine Biodieselraffinerie für Soja aus Mato Grosso do Sul, mehrere Soja-Verarbeitungsfabriken, eine Maismühle, einen eigenen Hafen für den Sojaexport. Bis 2006 war Cargill eins der fünf multinationalen Unternehmen, die für die Abholzung des Amazonas für den Sojaanbau verantwortlich gemacht wurden. Auf Druck von Greenpeace wurde 2006 ein sogenanntes „Soja-Moratorium“ vereinbart, im Rahmen dessen sich die führenden Sojahändler, darunter auch Cargill, dazu verpflichteten, keine neuen Regenwaldflächen für den Sojaanbau abzuholzen. Dieses Moratorium läuft im Mai 2016 aus.

Cargill gehört zu den fünf größten Sojaexporteur*innen in Brasilien.

Quellen:

www.wikipedia.org

http://www.grainnet.com/articles/cargill_opens_soybean_processing_plant_in_the_state_of_goiias_brazil-23419.html

<http://www.cargill.com/brazil-annual-report/2014/en/03.htm#timeline>

Saudi-Arabien

(Käufer*in)

2010 rief die saudi-arabische Regierung die „König-Abdullah-Initiative für saudische landwirtschaftliche Investitionstätigkeit im Ausland“ ins Leben. Diese hat das erklärte Ziel, zur Ernährungssicherung der eigenen wachsenden Bevölkerung und zur Entwicklung beizutragen, da die eigenen Flächen sich nicht ausreichend für die Produktion landwirtschaftlicher Güter eignen. Zudem sollen saudische Investor*innen ihre Ressourcen und Erfahrungen im Ausland nutzen.

Die Vision der Initiative ist:

„Saudische Private Investitionen spielen in naher Zukunft im Ausland eine aktive Rolle sowohl in der Verbesserung der Ernährungssicherheit für Saudi Arabien als auch für den Anstieg der globalen Ernährungsproduktion und bieten ein positives Beispiel für verantwortungsvolle internationale Investitionen in die Landwirtschaft.“

Die Strategien der Initiative sind die Förderung der Investitionen durch Kredite, Finanzhilfen und Logistik sowie der Aufbau von Vorräten. Dabei ist der saudische Privatsektor (und nicht die Regierung) der Hauptinvestor, dem vom Zielland das Recht zugesprochen werden muss, die angebauten Feldfrüchte selbst auszusuchen und die gesamte Ernte nach Saudi-Arabien zu exportieren. Als favorisierte Produkte nennt die Regierung Saudi-Arabiens: Weizen, Gerste, Mais, Hirse, Soja, Reis, Zucker, Ölsaaten, Grünfutter, Nutztiere, Fisch.

Die Zielländer sind: Sudan, Ägypten, Äthiopien, Türkei, Ukraine, Kasachstan, Philippinen, Vietnam, Brasilien. Diese werden nach den folgenden Kriterien ausgesucht:

- Verfügbarkeit von Ressourcen (Land, Wasser, Arbeit)
- Politische, soziale und ökonomische Stabilität
- Freie Märkte
- Transparente und attraktive Prozeduren, Regulationen und Anreize für Investitionen
- Verfügbarkeit von Infrastruktur
- gute Beziehungen zu Saudi-Arabien

Die König-Abdullah-Initiative hat bereits Früchte getragen: So hat beispielsweise die Firma Saudi Star derzeit 140.000 ha Land in der Gambella Region in Äthiopien gepachtet, auf der sie Zucker, Reis und Ölsaaten anbaut. Ihr Ziel ist es, ihre Fläche auf 500.000 ha auszuweiten und dort ihr Reis- und Bewässerungsprojekt zu entwickeln, für das sie Wasser aus dem nahegelegenen Fluss Alwero bezieht.

Quellen:

http://www.isdb.org/irj/go/km/docs/documents/IDBDevelopments/Internet/English/IDB/CM/Publications/IDB_AnnualSymposium/20thSymposium/8-AbdullaAlobaid.pdf

<http://www.gambellamedia.com/index.php/en/news/311-saudi-star-donates-26-tractors-and-30m-birr-to-gambella-farmers-and-youth>

Äthiopien

(Verkäufer*in)

Die Äthiopische Regierung bemüht sich stark um ausländische Investor*innen im Bereich der Agrarwirtschaft. So finden sich auf der Homepage des äthiopischen Agrarministeriums neben einem Antragsformular für Investor*innen auch zahlreiche Dokumente, die sich an potentielle Interessent*innen richten und Anreize, Details und politische Rahmenbedingungen darstellen.

Um private Investitionen und den Zustrom ausländischen Kapitals und Technologie nach Äthiopien zu begünstigen, werden Garantien für ausländische Investor*innen festgesetzt. So wird ausländischen Investor*innen beispielsweise zugesichert, dass sie jegliches eingesetztes Kapital, den Profit und ihre Dividenden wieder in ihr Ursprungsland zurück überführen können. Zudem wird zugesichert, dass die Investor*innen vor Enteignungen geschützt sind.

Agrarinvestitionen begründet die Regierung damit, das Land weiter entwickeln zu wollen und stellt dafür 3.207.003 ha zur Verfügung. In dem Dokument „Agrarinvestitionsmöglichkeiten“ nennt die Regierung die bevorzugten Feldfrüchte: Zuckerrohr, Baumwolle, Palmöl und Kautschuk. Die Mindestgröße der durch ausländische Investor*innen zu pachtenden Fläche beträgt 5.000 ha.

Zur weiteren Förderung ausländischer Agrarinvestitionen nennt die Regierung folgende Richtlinien und Anreize:

- Arbeits- und Gehaltsrichtlinien
- der Investor*innen können ihre Arbeitskräfte uneingeschränkt im Land bewegen
- die Investor*innen dürfen ausländische Wissenschaftler*innen und Techniker*innen beschäftigen um ihre Produktivität zu steigern, falls keine vergleichbaren lokalen Personen verfügbar sind
- finanzielle Anreize
- Investor*innen sind in den ersten 2-5 Jahren nach ihrer Investition von der Einkommenssteuer befreit.
- Die Investor*innen sind in den ersten 2-5 Jahren von der Pacht befreit.
- Die Investor*innen sind beim Import jeglicher Produktionsgüter, Rohmaterialien, Baumaterialien und Verpackungsmaterial von der Importsteuer befreit und dürfen diese Güter auch an andere ausländische Firmen im Land zu den selben Bedingungen weiterverkaufen.
- Alle exportierten Güter und Dienstleistungen sind von jeglichen Exportsteuern befreit.
- Bankkredite durch die Äthiopische Entwicklungsbank
- Wenn Investor*innen 30 % der Investitionskosten für ein Projekt bereitstellen, gibt die Äthiopische Entwicklungsbank 70 % der Kosten dazu.

Quelle:

<http://www.moa.gov.et/investment>

Philippinen

(Verkäufer*in)

Der Agrarsektor spielt auf den Philippinen eine bedeutende Rolle. Mit 13 Millionen Hektar werden mehr als ein Drittel der gesamten Landesfläche landwirtschaftlich genutzt. Etwa 40 % der Arbeitskräfte sind in der Landwirtschaft tätig und 62 % der Landbevölkerung von ihr abhängig.

Das philippinische Immobilienrecht erlaubt keinen völligen Grundbesitz durch Ausländer*innen. Filipin@s und ehemalige philippinische Bürger*innen sowie Unternehmen in philippinischem Mehrheitsbesitz ist es gestattet, Grundstücke, Gebäude, Eigentumswohnungen und Stadthäuser besitzen. Allein philippinischen Bürger*innen und Unternehmen oder Personengesellschaften, die mindestens 60 % in Filipino-Besitz sind, sind berechtigt, Land zu erwerben. Es gibt 11 Gesetze die sich direkt mit der Frage des Landerwerbs und -besitzes beschäftigen und neun weitere, die sich indirekt dem Thema annehmen.

Trotz der Großen Hürden und Einschränkungen des ausländischen Besitzes von Grundstücken entwickelten sich die Philippinen zu einem der Länder mit den größten Flächen von Ackerland, das an Ausländer*innen vergeben wurde. In einem Bericht der Weltbank „Factors Shaping the Future of World Trade“ spricht die WTO davon, dass mit den von Ausländer*innen erworbenen rund 5,2 Millionen Hektar auf den Philippinen, diese zu den Top-3-Zielen der ausländischen Land-Investitionen auf der Welt zählen. Zudem hat die philippinische Regierung eine eigene Firma gegründet, die nach Investor*innen sucht. Erklärtes Ziel ist, dass bis 2015 zweieinhalb Milliarden Euro von ausländischen Investor*innen im Bereich der industriellen Landwirtschaft investiert werden.

Quellen:

<http://www.philippineconsulate.com.au/owning-land-in-the-philippines.html>

<http://farmlandgrab.org/post/view/22368-philippines-is-third-largest-seller-of-farmlands-to-foreigners#sthash.HHecmHsQ.dpuf>

<http://cdm15738.contentdm.oclc.org/utils/getfile/collection/p15738coll2/id/14853/filename/14854.pdf>

<http://www.fjan.at/assets/fjandossierphilippinenscreen.pdf>

http://www.vernetzte-er.de/dev/index.php?option=com_content&view=article&id=35&Itemid=39

Brasilien

(Verkäufer*in)

Brasilien ist die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die wirtschaftliche Struktur Brasiliens ist gekennzeichnet durch die Kernsektoren Dienstleistungen mit ca. 65 %, Industrie mit 17 % und Agrarwirtschaft mit ca. 6,7 % BIP-Anteil („Agrarbusiness“/ Produktion und Verarbeitung von Agrarrohstoffen insgesamt 25 % des BIP).

Die brasilianische Wirtschaft befindet sich in einem allgemein guten Zustand. Hohe Wachstumsraten, Rekorde bei Außenhandel, Investitionen und Beschäftigungszuwachs erhöhen das wirtschaftspolitische Interesse an Brasilien. Brasilien ist weltweit eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Wirtschaftsreformen wie das Programm zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (PAC – Programa de Aceleração do Crescimento) und das enorme wirtschaftliche Wachstum seit den 1980er Jahren brachten dem Land internationale Anerkennung.

Einer der Hauptgründe für die starke brasilianische Wirtschaft sind die hohe weltweite Nachfrage nach Soja, welches Brasilien im großen Maßstab produziert. Seit den neunziger Jahren wurde eine starke Mechanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft politisch vorangetrieben, was zu einer großen Steigerung der Produktion landwirtschaftlicher Güter und einer Anpassung an die Praktiken des globalisierten Marktes führte. Zwar wurden Landkäufe von Ausländer*innen 2010 gesetzlich erschwert, trotzdem werden große Flächen durch brasilianische und multinationale Unternehmen bewirtschaftet, hauptsächlich mit den Kulturen Mais, Soja und Zuckerrohr.

In den letzten 25 Jahren des 20. Jahrhunderts verloren ca. 30 Millionen Menschen ihr Land, hauptsächlich zugunsten großer Agrarunternehmen. Ein aktuelles Problem der brasilianischen Wirtschaft ist die steigende Urbanisierung und Zuwanderung der Landbevölkerung in die Städte. Allein in Brasilia steigt sie pro Jahr um drei %, was in den Armenvierteln katastrophale Auswirkungen hat.

Quellen:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Brasilien#Wirtschaft>

<https://es.wikipedia.org/wiki/Brasil#Econom.C3.ADa>

https://en.wikipedia.org/wiki/Agriculture_in_Brazil#Land_issues

Bäuer*innen in Rumänien

(Verkäufer*in)

Rumänische Böden gehören zu den fruchtbarsten in Europa und sind damit ein begehrtes Ziel für Agrarinvestor*innen. Während in anderen europäischen Ländern die Bodenpreise relativ hoch sind, kosten landwirtschaftliche Flächen in Rumänien nur einen Bruchteil dessen.

Die niedrigen Preise liegen vor allem darin begründet, dass es eine relativ hohe Verfügbarkeit von Boden gibt. Immer mehr Kleinbäuer*innen geben ihre landwirtschaftlichen Betriebe auf, um in die Städte zu ziehen. So können Investor*innen große Flächen zur Pacht oder zum Kauf finden.

Kleinbäuerliche Betriebe werden in Rumänien nicht ausreichend unterstützt, und die Förderung von großen Agrarbetrieben führt zu einer Abnahme bäuerlicher Landbewirtschaftung. Besonders kleine Betriebe sind ökonomisch nicht so abgesichert, sie haben es zudem deutlich schwerer, Gewinne

aus ihrer Arbeit zu ziehen. Für diese Betriebe ist es schwierig, den europäischen Standards zu entsprechen, die erforderlich für die Zahlung von Subventionen und Finanzhilfen sind. Mittel des Europäischen Agrarfonds für Ländliche Entwicklung (EAFRD) haben die Voraussetzung, dass die Empfänger*innen einen hohen Eigenanteil aufbringen, was vielen Landwirt*innen unmöglich ist. Auch Bankkredite sind schwer zu bekommen, was dazu führt, dass kleinere Betriebe keine Möglichkeit haben, in Maschinen oder neuere Technologien zu investieren und somit die eigene Produktivität zu erhöhen und dem Wettbewerb standhalten zu können. All dies trägt dazu bei, dass nur noch wenige junge Menschen eine Perspektive in der Landwirtschaft sehen und es bevorzugen, in die Städte zu ziehen und andere Berufe aufzunehmen. 2009 waren 36 % der in der Landwirtschaft Beschäftigten über 55 Jahre alt. So geben viele ältere Menschen ihre Betriebe auf und verkaufen sie, um so ein zusätzliches Einkommen zu erlangen.

Quelle:

Land concentration, land grabbing and people's struggles in Europe. Transnational Institute (TNI) for European Coordination Via Campesina and Hands off the Land network. April 2013 <http://fian.at/assets/Uploads/Land-in-Europe.pdf>

BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

(Verkäufer*in)

Die BVVG erfüllt seit ihrem Gründungsjahr 1992 den gesetzlichen Auftrag, in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ehemals volkseigene land- und forstwirtschaftliche Flächen zu privatisieren. Sie ist die Nachfolgerin der DDR-Treuhand. Vor allem Flächen der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), deren nach 1990 geschlossenen Pachtverträge auslaufen, werden durch die BVVG an private Käufer*innen veräußert.

Privatisierung von Wäldern

Der BVVG sind 1992 insgesamt rund 770.000 Hektar Wald übertragen worden. Es handelt sich dabei um ehemals volkseigene Flächen, die überwiegend enteignetem Privatbesitz entstammen. Zu ihnen gehören ausgedehnte Kiefernforsten in der Mark Brandenburg ebenso wie Fichtenwälder in den Thüringer Bergen.

In den kommenden Jahren sind noch etwa 320.000 Hektar Wald zu privatisieren.

Privatisierung von Acker- und Grünland

Die ehemals volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen sind hauptsächlich Acker- und Grünland. Die BVVG privatisiert die Ländereien, die 1945 bis 1949 enteignet worden waren. In den kommenden Jahren sind noch etwa 900.000 Hektar Äcker und Wiesen an neue und alte Eigentümer*innen zu verkaufen.

Veräußerung von Boden zum Bauen

Die BVVG privatisiert land- und forstwirtschaftliche Flächen auch für investive Zwecke. Die Grundstücke werden an private und öffentliche Erwerber*innen verkauft. Verwertet werden vor allem Liegenschaften für die Erweiterung von Infrastruktureinrichtungen, zum Beispiel Straßen und Schienenwege, für den Wohnungsbau und die Gewerbeansiedlung. Im Angebot sind auch landwirtschaftliche Gebäude wie Scheunen, Ställe und andere Objekte, die sich unterschiedlich nutzen lassen.

Zu den Aufgaben gehört auch der Abschluss von Gestattungsverträgen, zum Beispiel für das Verlegen von Gas- und Stromleitungen. Seit 1997 privatisiert die BVVG auch Bergwerkseigentume.

Die im Jahr 2009 rasant angestiegenen Verkaufspreise der BVVG führen zu Kritik verschiedener Verbände und Betroffenengruppen. Nach Ansicht der Bauernverbände übersteigen die für Kauf oder Pacht aufzuwendenden finanziellen Mittel bei Weitem den durch die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens erwirtschaftbaren Betrag. Die BVVG vergibt die Flächen an die Interessent*innen, die die höchsten Preise bieten können. Es wird kritisiert, dass die Preispolitik der bundeseigenen BVVG zulasten kleiner Bäuer*innen gehe, da vorwiegend Großbetriebe und westliche Agrarindustrielle zum Zug kämen.

Für die nächsten Jahre ist weder bei den Kaufwerten noch bei den Pachtpreisen mit einer Entspannung zu rechnen, zumal das Boden- und Pachtpreisniveau trotz der Steigerungsraten seit 2007 im bundesweiten Vergleich im Schnitt noch deutlich unter dem in Agrarländern im früheren Bundesgebiet, etwa in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, liegt. Die Entwicklung der BVVG-Preise trägt dazu wesentlich bei, wobei der Anteil der BVVG an den Agrarlandverkäufen in den nächsten Jahren weiter abnimmt bzw. ausläuft.

Quellen:

<http://www.bund.de/Content/DE/DEBehoerden/B/BVVG/BVVG-Bodenverwertungs-und-verwaltungs-GmbH.html>

<http://www.agrarheute.com/news/mv-pachtflaechen-bvvg-teuersten>

GRAIN

(Kritiker*in)

GRAIN (Genetic Resources Action International) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Barcelona, die sich für die Erhaltung des Kleinbäuerinnensektors insbesondere in Ländern des Globalen Südens einsetzt und soziale Bewegungen unterstützt, die für kommunal orientierte und auf Biodiversität basierte Ernährungssysteme eintreten. GRAIN dokumentiert den als „Landgrabbing“ bezeichneten Landkauf durch ausländische Finanzinvestor*innen und zählte 2010 zu den Initiator*innen einer internationalen Erklärung gegen den Landraub. GRAIN wurde 1990 gegründet und ist dezentral organisiert. Neben vier Angestellten mit einem regionalen Mandat in Chile, Mexiko, Argentinien und Benin sind drei Mitarbeiter*innen in Barcelona, Paris und Montreal international tätig. 2011 wurde der Organisation für ihren Einsatz gegen Landgrabbing der Right Livelihood Award zuerkannt.

Ein wichtiger Teil der Arbeit gegen Landgrabbing ist die Unterstützung von Organisationen, die gemeinsam mit den lokalen Gemeinden gegen Landgeschäfte, die ihr Leben und Lebensgrundlagen bedrohen, kämpfen. GRAIN hat Kontakt mit Aktivist*innen, Gemeinschaften und Organisationen in vielen Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und trägt unter anderem dazu bei, Netzwerke aufzubauen, die eine stärkere Unterstützung und Sichtbarkeit auf internationaler Ebene ermöglichen.

Beispiele der Arbeit aus dem Jahr 2014

- GRAIN unterstützte die Bekanntmachung des 20-jährigen Kampfes der Dorfbewohner*innen in Boul (Zentral Sulawesi) gegen die Landgrabbingprozesse zum Ölpalmenanbau in Indonesien.
- GRAIN verfolgte den Fall des kamerunischen Aktivisten Nasako Besingi, der wegen seines friedlichen Protest gegen das Wall Street-Unternehmen „Herakles Farms“ vor Gericht stand. Dabei war die Organisation während des ganzen Jahres in Kontakt mit Nasako und unterstützte ihn. Im Juni veröffentlichte GRAIN eine Pressemitteilung gemeinsam mit dem Oakland Institute und dem WRM (World Rainforest Movement) in dem Herakles und die kamerunische Regierung aufgefordert wurden alle Anklagepunkte gegen Nasako und seine Mitstreiterinnen fallen zu lassen.
- Im Oktober veröffentlichte GRAIN ein Interview mit dem kenianischen Bauern Erastus Odindo, dessen Gemeinde seit mehr als einem Jahrzehnt dafür kämpft, ihr Land und Wasser von dem US-Unternehmen Dominion Farms zurück zu bekommen. Um die Bewegung zur Verteidigung des Landes weiter zu stärken, organisierte GRAIN im Juni 2014 ein Treffen zum Thema Landgrabbing mit afrikanischen Partner*innen in Nairobi, um die aktuelle Situation der sozialen Bewegungen gegen Landgrabbing in Afrika zu evaluieren und künftige Strategien zu diskutieren.

Quellen:

<https://www.grain.org/fr/article/entries/4502-land-grabs-menace-food-security-in-latin-america-despite-fao-claims>

<https://www.grain.org/pages/programme> > pdf: GRAIN in 2014 - towards community-controlled and biodiversity-based food systems

<https://de.wikipedia.org/wiki/GRAIN>

BioBoden Genossenschaft

(Kritiker*in)

Zwei Landwirte aus Brandenburg wandten sich 2007 im Namen von 13 Bio-Landwirten an die GLS Treuhand und die GLS Bank in Bochum. Sie hatten ihre Betriebe seit den neunziger Jahren aufgebaut, nun sollten ihre Pachtflächen verkauft werden. Um das zu verhindern, gründete die GLS Bank 2009 die BioBodenGenossenschaft (BBG). Diese Vorläufer-Organisation der Genossenschaft kaufte das Land mit Hilfe von 600 Menschen und sicherte bis heute über 5.000 ha für die ökologische Landwirtschaft.

Stefan Decke von der BioBoden Genossenschaft sagt:

„Wir bringen freie Flächen und Betriebe zusammen mit jenen, die ökologische Landwirtschaft betreiben wollen. Wir kaufen Flächen und Betriebe und bewirtschaften sie entweder selber oder verpachten sie. Ist Letzteres der Fall, stellen wir diese bestehenden oder neu entstehenden Öko-Betrieben dauerhaft zu ihrer Nutzung zur Verfügung. Egal, wie wir die Flächen retten oder sichern: Jeder Landwirt auf BioBoden-Flächen ist dazu verpflichtet, sie nach den strengen Grundsätzen eines Öko-Anbauverbandes zu bewirtschaften.

Wichtig ist uns: Wir setzen darauf, dass Landwirte sich bei uns melden. Wir sind kein Land-Investor. Im Gegenteil: Wir entziehen dem Markt durch unser Verhalten sukzessive Boden als Spekulationsmasse.

Doch das ist nur der eine Teil unserer Lösung. Wir haben uns für das Genossenschaftsmodell entschieden, weil wir glauben, dass viele Menschen gemeinsam mit uns Verantwortung dafür übernehmen wollen, dass regional verankerte, ökologische Landwirtschaft betrieben werden kann. Verantwortung für die Produktion ökologisch hochwertiger Lebensmittel. Verantwortung für junge Bio-Landwirte, ökologische Landwirtschaft betreiben zu können. Verantwortung für einen Ressourcen schonenden Umgang mit der Natur. Verantwortung für die eigene Gesundheit und für die nächsten Generationen.“

Quellen:

<http://www.demeter.de/verbraucher/aktuell/gruendung-bioboden-genossenschaft>

<http://www.bioboden.de>

Ekta Parishad, Indien

(Kritiker*in)

Laut der International Land Coalition leben bis zu 2,5 Milliarden Menschen auf oder von Allmenden in Gemeinschaftsbesitz. Sie können ihr Vieh darauf weiden lassen, dort jagen, Feuerholz sammeln, Wasser holen und sogar Häuser bauen und Ackerbau betreiben. Häufig hängt der Lebensunterhalt von Frauen vom Zugang zu Allmenden ab. Wer sie nutzen darf, wird häufig über traditionelle Rechtsformen und Gewohnheitsrechte geregelt.

Die Allmenden sind deswegen häufig nicht vom Staat anerkannt oder einfach zum Staatsland erklärt. So kommt es dazu, dass Allmenden auch von Regierungen und Firmen zu eigenen, kommerziellen Interessen genutzt werden. Forstunternehmen erhalten Abholzungslizenzen, Rohstoffkonzerne die Erlaubnis zum Abbau von Mineralien, Investor*innen pachten das scheinbar „brachliegende“ Land.

Die Betroffenen wehren sich. Sie organisieren sich, wollen das Land nicht verlassen und kämpfen für ihre Rechte.

In Indien stehen Allmenden im Zentrum der öffentlichen Diskussion. Dort erstrecken sie sich über 49 Millionen Hektar und machen somit fast 40 % der insgesamt 120 Millionen Hektar Ackerland aus. 70 % der Bevölkerung sind von den Allmenden abhängig: Sie brauchen die Flächen für Nahrung, Futtermittel, Brennstoff, Weideland und Baumaterial.

Aber die Zukunftspläne Indiens scheinen keinen Platz für Land in Gemeinschaftsbesitz zu lassen: Neue Fabriken und Straßen, boomende Städte, rund 500 neue Sonderwirtschaftszonen und Plantagen für Biokraftstoffe, die sich immer weiter ausdehnen, nagen an den Allmenden. Alle fünf Jahre gehen 2 % der Fläche verloren. Dadurch werden besonders die Gruppen benachteiligt, die für ihren Lebensunterhalt fast ausschließlich auf die Allmenden angewiesen sind: die seit jeher schlechter gestellten Gruppen, Hirten und Fischer, die 24 % der Bevölkerung ausmachen. So entstand eine der größten Landbewegungen der Welt, die Ekta Parishad (Hindi für „Einheitsforum“). Sie ist ein Dachverband, der sich aus über 10.000 lokalen Organisationen zusammensetzt. Im Geiste Gandhis organisiert Ekta Parishad gewaltfreie Massendemonstrationen, um auf Veränderung zu drängen. Nach einem Marsch mit 25.000 Teilnehmern wurden 350.000 Landtitel an bis dahin landlose Haushalte verteilt, und das Forstministerium ließ 550.000 Anklagen gegen Menschen fallen, die der illegalen Nutzung von Wäldern beschuldigt worden waren. 2012 brachen 60.000 Menschen zu einem „Marsch für Gerechtigkeit“ 350 Kilometer weit nach Delhi auf. Bereits unterwegs endete die Aktion in einem Triumph, da die Regierung einwilligte, die Forderungen der Demonstrant*innen zu erfüllen.

Die wichtigste davon war die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zu Landreformen. Ein Schwerpunkt: die Allmenden.

Quelle:

Bodenatlas 2015, S.45

FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk)

(Kritiker*in)

FIAN hat mehrere Tausend Mitglieder in über 50 Ländern. FIAN hat Beratungsstatus bei den Vereinten Nationen und ist unabhängig von politischen und konfessionellen Gruppen, Parteien, Regierungen und Ideologien.

FIAN engagiert sich für eine Welt, die frei von Hunger ist und in der jede Person Zugang zu den Ressourcen hat, die ihr ein Leben in Würde ermöglichen. FIAN kämpft für die weltweite Verwirklichung des Rechtes auf Nahrung. Das schließt die Möglichkeit eines jeden Menschen ein, vor nationalen und internationalen Gerichten zu klagen, wenn dieses Recht verletzt wird. FIAN setzt sich für Personen und Gruppen ein, die bei Verletzungen ihres Rechts auf Ernährung nicht stark genug sind, ihre Interessen alleine zu vertreten: Kleinbäuer*innen, Kleinpächter*innen, Landarbeiter*innen, Landlose, von Frauen geführte Familien. Dabei sucht die Organisation die Zusammenarbeit mit den Betroffenen. Zu konkreten ihr bekannt gewordenen Fällen der Verletzung des Rechts auf Ernährung, z. B. Vertreibung von Bäuer*innen von dem Land, das sie benötigen, um sich zu ernähren, organisiert die Organisation von Protestbriefkampagnen und appelliert öffentlich an die für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen politischen Stellen. Die dazu nötige Faktensammlung und Falldokumentation gründet FIAN oft auf politische Recherchereisen an die Orte des Geschehens. Zusammen mit dem weltweiten Kleinbäuer*innennetzwerk Via Campesina führt FIAN bereits seit mehreren Jahren eine „Weltkampagne für Agrarreformen“ durch. In hunderten Fallstudien wurden mittlerweile die negativen Auswirkungen und Menschenrechtsverletzungen durch Landgrabbingprozesse dokumentiert.

Zum Thema Landgrabbing zieht FIAN folgendes Fazit...

- „Landgrabbing führt zur Verschärfung von Landkonflikten, zur Verdrängung und Vertreibung von KleinbäuerInnen, Fischern und Nomaden.
- Die Konzentration von Land in den Händen weniger nimmt zu.

- Die strukturellen Ursachen von Hunger und Unterernährung (Landkonzentration, Abhängigkeit vom Weltmarkt, Förderung des Agrobusiness anstelle der bäuerlichen Landwirtschaft) werden verstärkt anstatt beseitigt.

- Landgrabbing bedroht die Ernährungssicherheit ganzer Staaten.“

...und stellt diesbezüglich eine Reihe von Forderungen

- „Das Menschenrecht auf Nahrung muss in allem Fällen respektiert werden.
- Landpolitik muss sich primär an den Bedürfnissen der marginalisierten ländlichen Gruppen ausrichten:
- Aktuelle Landnutzungen müssen respektiert werden.
- Gemeinschaftliche Landnutzungsrechte und Restriktionen bei Landtransfers müssen Kernelemente einer Landpolitik sein, die vor Landverlust schützt.
- Die Zuteilung von Land an Landlose muss Vorrang haben vor der Vergabe riesiger Landflächen an Investoren.
- Landdeals müssen transparent und für die Zivilgesellschaft zugänglich sein.
- Ein öffentlicher, informierter Dialog muss Entscheidungen über die Vergabe riesiger Landflächen vorausgehen.
- Großflächigen Landdeals muss eine obligatorische Menschenrechts-Prüfung vorausgehen, die von relevanten UN-Gremien zusammen mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen durchgeführt wird. Eine freiwillige Selbstverpflichtung der Investoren durch einen Verhaltenskodex lenkt von den menschenrechtlichen Verpflichtungen der Staaten ab.“

Quellen:

<https://de.wikipedia.org/wiki/FIAN>, <http://www.fian.de/themen/landgrabbing/>

*<http://www.fian.de/wer-wir-sind/visionen-und-ziele/> (14.10.2015); *FIAN Fact Sheet 2010/1: Land Grabbing. Moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung**